

Peter Bieri

Die Gerichte der Schweiz – eine Übersicht

Auf die Fragen, wie viele und welche Gerichte es in der Schweiz gibt, sollte es eigentlich eindeutige Antworten geben. Solche gibt es indessen nicht. Dieser Beitrag wagt daher den Versuch, die schweizerischen Gerichte zu benennen und zugleich einen schematischen Überblick zu vermitteln.

Beitragsarten: Science

Zitervorschlag: Peter Bieri , Die Gerichte der Schweiz – eine Übersicht, in: «Justice - Justiz - Giustizia» 2014/2

Inhaltsübersicht

- 1 Einleitung
- 2 Begriff des Gerichts
- 3 Kantonale Unterschiede
- 4 Übersicht
- 5 Ergebnis

1 Einleitung

[Rz 1] Der Beitrag entstand im Rahmen der Arbeiten zur Dissertation «Datenschutz von Richterinnen und Richtern (Arbeitstitel)». Die Arbeit ist in das durch den Schweizerischen Nationalfonds unterstützte Sinergia-Projekt «Grundlagen guten Justizmanagements in der Schweiz»¹ eingebunden.² Sie soll – nebst einem juristischen Teil – in der Form von Befragungen an schweizerischen Gerichten auch einen empirischen Teil umfassen. Um dabei methodisch korrekt vorgehen zu können, ist es notwendig, über eine Auflistung aller schweizerischen Gerichte zu verfügen. Aus verschiedenen Gründen ist es indessen schwierig, eine solche Liste zu finden bzw. zu kreieren: *Erstens* ist die Definition des Begriffs Gericht unscharf,³ *zweitens* ist die Behördenorganisation von Kanton zu Kanton verschieden geregelt⁴ und *drittens* unterliegt die Justizorganisation einem steten Wandel durch Reformen⁵. Ete Abklärungen des Verfassers führten denn auch zum Ergebnis, dass es keine aktuelle und vollständige Liste aller Gerichte der Schweiz gibt.⁶ Um eine entsprechende Übersicht zu erstellen, wird zuerst der Gerichtsbegriff definiert. Anschliessend werden die kantonalen Unterschiede beschrieben und es wird aufgezeigt, wie sich diese auf die Anzahl der Gerichte auswirken. Schliesslich werden basierend auf der erarbeiteten Gerichtsdefinition und den Gerichtsorganisationsgesetzen die kantonalen und eidgenössischen Gerichte in einer Übersichtstabelle dargestellt.

[Rz 2] Vorab gilt es klarzustellen, dass es bereits verschiedene Darstellungen zu Teilbereichen der schweizerischen Gerichtsorganisation gibt. So bestehen Übersichten mitsamt Adressen zu den Behörden der Zivil-⁷ und der Strafgerichtsbarkeit⁸. Die CEPEJ⁹ erstellt alle zwei Jahre einen Report über die europäischen Justizsysteme, der sich auch über die Anzahl Gerichte äussert.¹⁰ Das Kompetenzzentrum für Public Management (KPM) der Universität Bern führte eine Befragung

¹ Siehe www.justizforschung.ch.

² Für Anregungen danke ich Andreas Lienhard und Daniel Kettiger (Gesamtprojektleitung des Forschungsprojekts), Arnold Marti, Jacques Bühler, Josef Hayoz, Dick Marty, Hans-Jakob Mosimann, Patrick Müller und Iris Studer (Mitglieder des wissenschaftlichen Beirats des Forschungsprojekts) sowie meinem Kollegen Andreas Müller.

³ Dazu nachfolgend Rz. 3 ff.

⁴ Dazu nachfolgend Rz. 10 ff.

⁵ Vgl. ARNOLD MARTI, Wie viel Transparenz braucht es in der Rechtsprechung, in: ZBl 114 S. 73 f.

⁶ Anders als z.B. Deutschland, das ein jährliches Handbuch der Justiz kennt (siehe Deutscher Richterbund [Hrsg.], Handbuch der Justiz 2012/2013, 31. Jahrgang, Heidelberg u.a. 2012).

⁷ Siehe www.zivilgerichte.ch (Diese Website widmet sich den in der Schweiz bestehenden kantonalen Gerichtsorganisationen in Zivilsachen. Sie wurde unter der Leitung von François Bohnet, Inhaber des Lehrstuhls für Zivilrecht und Recht der juristischen Berufe an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Neuchâtel, erstellt).

⁸ Raphaël Arn/Nicole Saurer/André Kuhn (Hrsg.), Organisation der kantonalen und eidgenössischen Strafbehörden und strafrechtliche Ausführungsbestimmungen, Basel 2011, insb. S. 718 ff.

⁹ Commission européenne pour l'efficacité de la justice.

¹⁰ CEPEJ (Hrsg.), Rapport d'évaluation des Systèmes judiciaires européens de la CEPEJ – Edition 2012 (données 2010), Les Etudes de la CEPEJ N° 18, S. 102 ff., abrufbar unter: http://www.coe.int/t/dghl/cooperation/cepej/series/default_fr.asp.

bei den oberen kantonalen und den eidgenössischen Gerichten zum Stand des Justizmanagements in der Schweiz durch und hat insoweit eine Übersicht generiert.¹¹ Die Weblaw AG startete im Jahr 2013 eine neue Serie von elektronischen Publikationen unter dem Titel «Ausgewählte Verfahren im Kanton ...», in welchen einleitend auch die aktuelle kantonale Justizorganisation dargestellt wird.¹² Schliesslich sei darauf hingewiesen, dass auf der Website des Bundesgerichts in der Rubrik Rechtsprechung Links zu den kantonalen Justizorganen aufgeführt sind.¹³

2 Begriff des Gerichts

[Rz 3] Ein Gericht ist eine *staatliche Behörde*, welche im Rahmen der Gewaltenteilung die Aufgabe der Rechtsprechung wahrnimmt.¹⁴ Im Sinne einer negativen Umschreibung sind Gerichte somit in einem ersten Schritt von *nicht-staatlichen Instanzen* abzugrenzen, welche Rechtsprechungsfunktionen wahrnehmen. Dies sind insbesondere *private Schiedsgerichte*.¹⁵ In einem zweiten Schritt ist ein Gericht von *nicht-richterlichen Behörden* abzugrenzen, die ebenfalls Rechtsprechungsfunktionen ausüben. Rechtsstreitigkeiten können nämlich auch durch Exekutivorgane oder durch Parlamente entschieden werden. Bei diesen handelt es sich trotz Erfüllung richterlicher Aufgaben nicht um Gerichte.¹⁶

[Rz 4] Bei der positiven Umschreibung eines Gerichts ist zwischen *Gerichten im formellen Sinn* und *Gerichten im materiellen Sinn* zu unterscheiden.¹⁷ Ein *Gericht im formellen Sinn* kann als eine in die ordentliche Gerichtsstruktur eines Staates eingegliederte Behörde, die (wenigstens zum Teil) Rechtsprechungsaufgaben wahrnimmt, definiert werden.¹⁸ Gerichte im formellen Sinn sind organisatorisch der Judikative zugeordnet. Regelmässig werden sie durch die eidgenössischen oder kantonalen Gerichtsorganisations- oder Justizgesetze als gerichtliche Instanzen definiert¹⁹

¹¹ Vgl. ANDREAS LIENHARD/DANIEL KETTIGER/DANIELA WINKLER, Stand des Justizmanagements in der Schweiz, in: «Justice - Justiz - Giustizia» 2013/1.

¹² Vgl. z.B. MEINRAD VETTER/CHRISTIAN PEYER, Ausgewählte Verfahren im Kanton Aargau, Bern 2013, S. 7 ff.

¹³ Siehe <http://www.bger.ch/index/federal/federal-inherit-template/federal-links/jurisdiction-links-schweizerische-gerichte.htm>.

¹⁴ HEINRICH KOLLER, in: Marcel Alexander Niggli/Peter Uebersax/Hans Wiprächtiger (Hrsg.), Basler Kommentar zum Bundesgerichtsgesetz, 2. Aufl., Basel 2011, Art. 1 BGG, N. 24.

¹⁵ GIOVANNI BIAGGINI, Rechtsprechung, in: Daniel Thürer/Jean-François Aubert/Jörg Paul Müller (Hrsg.), Verfassungsrecht der Schweiz, Zürich 2001, § 73, N. 31. Die kantonalen (staatlichen) Schiedsgerichte im Sozialversicherungsrecht sind hingegen Fach- oder Sondergerichte und werden nur aufgrund des paritätischen Einbezugs von Versicherern und Leistungserbringern als Schiedsgerichte bezeichnet (GEBHARD EUGSTER, Rechtsprechung des Bundesgerichts zum Bundesgesetz über die Krankenversicherung [KVG], Zürich/Basel/Genf 2010, Art. 89 KVG, N. 1).

¹⁶ REGINA KIENER/WALTER KÄLIN, Grundrechte, 2. Aufl., Bern 2013, S. 523; REGINA KIENER, Richterliche Unabhängigkeit, Bern 2001, S. 317 ff.

¹⁷ Vgl. Botschaft vom 28. Juni 2006 zur Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Erwachsenenschutz, Personenrecht und Kindesrecht), BBl 2006 7001, S. 7074, sowie Botschaft vom 28. Juni 2006 zur Schweizerischen Zivilprozessordnung (ZPO), BBl 2006 7221, S. 7328.

¹⁸ Vgl. BGE 139 III 98E. 3.2.1 ff. S. 100 ff. Es gibt aber auch in die Justizstruktur eines Kantons eingegliederte Organe, die keine oder nur teilweise Rechtsprechungsaufgaben ausüben, so beispielsweise teilweise die Staatsanwaltschaft (siehe dazu insbesondere DANIEL KETTIGER, Zur Unabhängigkeit der Staatsanwaltschaft in der Justizorganisation, in: «Justice – Justiz – Giustizia» 2010/4). Zum Rechtsprechungsbegriff nachfolgend Rz. 7 f.

¹⁹ So enthält etwa Art. 2 des Gesetzes vom 11. Juni 2009 über die Organisation der Gerichtsbehörden und der Staatsanwaltschaft (GSOG; BSG 161.1) für den Kanton Bern musterhaft eine Auflistung der kantonalen gerichtlichen Behörden. Gerichte im formellen Sinne können ihre Grundlage auch in einem Sachgesetz finden; so befinden sich die Bestimmungen zum Baurekursgericht des Kantons Zürich in §§ 333 ff. des Planungs- und Baugesetzes vom 7. September 1975 (PBG, LS 700.1).

und auch als Gericht bezeichnet.²⁰²¹

[Rz 5] Eine Behörde ist dann ein *Gericht im materiellen Sinn*, wenn sie den Anforderungen von Art. 30 BV, Art. 6 EMRK und Art. 14 UNO-Pakt II genügt.²² Nach der Rechtsprechung des Bundesgerichts²³ gilt als Gericht

«eine Behörde, die nach Gesetz und Recht in einem justizförmigen, fairen Verfahren begründete und bindende Entscheidungen über Streitfragen trifft. Sie braucht nicht in die ordentliche Gerichtsstruktur eines Staates eingegliedert zu sein, muss jedoch organisatorisch und personell, nach der Art ihrer Ernennung, der Amtsdauer, dem Schutz vor äusseren Beeinflussungen und nach ihrem äusseren Erscheinungsbild sowohl gegenüber anderen Behörden als auch gegenüber den Parteien unabhängig und unparteiisch sein.»²⁴

[Rz 6] Ein konventions- und verfassungskonformes Gericht (d.h. ein Gericht im materiellen Sinn) zeichnet sich somit funktional durch die rechtsprechende Tätigkeit, organisatorisch durch die institutionelle Unabhängigkeit sowie personell durch die Unparteilichkeit der Richterinnen und Richter aus.²⁵ Es hat zudem auf einem Gesetz zu beruhen.²⁶ Die Bezeichnung der Behörde ist indessen ebenso wenig entscheidend²⁷ wie die Zuordnung der Behörde in die Gerichtsorganisation.²⁸ Demzufolge zählen zu den Gerichten im materiellen Sinn auch die Militärgerichte²⁹ und die *verwaltungsunabhängigen* Rekurskommissionen.³⁰

[Rz 7] Aus *funktionaler Sicht* ist von zentraler Bedeutung, dass ein Gericht mit der *Rechtsprechungsfunktion* betraut ist.³¹ Rechtsprechung meint die *verbindliche Entscheidung* von Rechtsstreitigkeiten³² (im Strafrecht die verbindliche Entscheidung zwecks Durchsetzung des staatlichen Strafanspruchs³³) durch eine mit Unabhängigkeit ausgestattete Behörde in einem justizförmigen Verfahren.³⁴ Anders als die *Rechtsetzung*, durch die typischerweise generell-abstrakte Regeln aufgestellt werden, beinhaltet die Rechtsprechung grundsätzlich eine Auseinandersetzung mit einem individuell-konkreten Fall und die Fällung einer Lösung.³⁵ *Rechtsanwendung* (als Teil

²⁰ Im Kanton Bern zählen verschiedene *Rekurskommissionen* (z.B. die Steuerrekurskommission) gemäss Art. 2 Abs. 3 Bst. d–g GSOG ebenfalls zu den Gerichtsbehörden.

²¹ Vgl. JÖRG PAUL MÜLLER/MARKUS SCHEFER, Grundrechte in der Schweiz, 4. Aufl., Bern 2008, S. 929.

²² MÜLLER/SCHEFER, Anm. 21, S. 931 f.

²³ Zur Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte siehe JEANINE BUCHERER, Die Vereinbarkeit von Militärgerichten mit dem Recht auf ein faires Verfahren gemäss Art. 6 Abs. 1 EMRK, Art. 8 Abs. 1 AMRK und Art. 14 Abs. 1 des UN-Paktes über bürgerliche und politische Rechte, Berlin/Heidelberg/New York, 2005, S. 27 ff.

²⁴ BGE 126 I 228E. 2a/bb S. 230 f., zuletzt bestätigt in: BGE 139 III 98E. 4.2 S. 104.

²⁵ KIENER/KÄLIN, Anm. 16, S. 523.

²⁶ BGE 138 I 154E. 2.6 S. 158.

²⁷ Vgl. KIENER/KÄLIN, Anm. 16, S. 522.

²⁸ BGE 126 I 229E. 2a/bb S. 230 f.

²⁹ Eingehend zu den Militärgerichten BUCHERER, Anm. 23, S. 29 ff.

³⁰ BIAGGINI, Anm. 15, N. 18; eingehend zu den Rekurs- und Schiedskommissionen ALFRED KÖLZ/ISABELLE HÄNER/MARTIN BERTSCH, Verwaltungsverfahren und Verwaltungsrechtspflege des Bundes, 3. Aufl., Zürich/Basel/Genf 2013, N. 29 ff.

³¹ Vgl. KIENER, Anm. 16, S. 318.

³² Zum Begriff der freiwilligen Gerichtsbarkeit, die sowohl durch Gerichte als auch durch Verwaltungsbehörden ausgeübt wird, siehe MANUEL HÜSSER, Die gerichtlichen Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit, Diss. Zürich 2012, S. 1 ff. sowie S. 17 f.

³³ BIAGGINI, Anm. 15, N. 6 und N. 15.

³⁴ Statt vieler PIERRE TSCHANNEN, Staatsrecht der Schweizerischen Eidgenossenschaft, 3. Aufl., Bern 2011, § 40, N. 3.

³⁵ KOLLER, Anm. 14, Art. 1 BGG, N. 20; zur Grenzziehung bei *Normkontrollverfahren* und bei *rechtsfortbildender Tätigkeit*

der Verwaltungsfunktion³⁶) und Rechtsprechung lassen sich nur in struktureller bzw. prozeduraler Weise unterscheiden.³⁷ In Abgrenzung zu einer Behörde der Verwaltung zeichnet sich ein Rechtssprechendes Organ durch *Unabhängigkeit* und *Passivität* aus. Es wendet die Normen nicht in «eigener Sache» an, sondern es gebraucht die Rechtssätze aus einer neutralen Warte, um eine Entscheidung in einer fremden Angelegenheit zu fällen. Die richterliche Gewalt wird zudem nur auf Antrag von Rechtsuchenden aktiv (z.B. durch Klagen oder Beschwerden).³⁸ Sobald ein Gericht jedoch mit der Behandlung einer Rechtsstreitigkeit betraut worden ist, wendet es das Recht von Amtes wegen an und es kann im Rahmen der verfahrensrechtlichen Vorgaben auch Sachverhaltsabklärungen treffen oder anordnen.³⁹ Schliesslich sind Behörden, die hauptsächlich *Aufsichtsfunktionen* wahrnehmen, ebenso wenig Gerichte,⁴⁰ wie solche, die zur Hauptsache vermittelnd wirken. Denn die Streitschlichtung entscheidet einen Rechtsstreit nicht endgültig, sondern will diesen auf einvernehmliche Weise lösen.⁴¹

[Rz 8] Wenn ein Organ neben den rechtssprechenden Tätigkeiten auch noch andere Aufgaben (z.B. Justizverwaltungsaufgaben⁴²) wahrnimmt, stellt dies seine materielle Gerichtseigenschaft so lange nicht in Frage, wie der Anschein der Unabhängigkeit gewahrt bleibt.⁴³ So hat das Bundesgericht die Bezirksräte des Kantons Zürich als konventions- und verfassungsrechtlich konforme Gerichte im Kindes- und Erwachsenenschutz befunden.⁴⁴ Damit eine Behörde als Gericht qualifiziert werden kann, muss sie jedoch m.E. *zur Hauptsache* rechtssprechend tätig sein. Behörden dürfen zwar auch in einem nur beschränkten Bereich – d.h. als eine Nebenaufgabe – richterliche Funktionen wahrnehmen, sofern sie insoweit die Anforderungen an ein Gericht im materiellen Sinn erfüllen.⁴⁵ Nichtsdestotrotz sind diese aus einer funktionalen Optik insgesamt nicht als Gerichte zu definieren. So wandeln sich Staatsanwältinnen und Staatsanwälte nicht zu Richterinnen und Richtern, nur weil sie innerhalb der gesetzlichen Voraussetzungen⁴⁶ auch endgültige

siehe BIAGGINI, Anm. 15, N. 10 f.

³⁶ Zum Verwaltungsbegriff siehe PIERRE TSCHANNEN/ULRICH ZIMMERLI/MARKUS MÜLLER, Allgemeines Verwaltungsrecht, 3. Aufl., Bern 2009, § 1, N. 7 ff., insb. N. 16.

³⁷ Vgl. BIAGGINI, Anm. 15, N. 12. Inhaltlich ist eine Unterscheidung zwischen den Tätigkeiten Rechtsprechung und Rechtsanwendung jedoch kaum möglich (dazu auch PETER V. KUNZ, Methodische Besonderheiten bei Rechtsanwendungen im Wirtschaftsrecht – Überblick sowie Kritik, in: «Justice – Justiz – Giustizia» 2012/2, Rz. 5 ff.).

³⁸ KOLLER, Anm. 14, Art. 1 BGG, N. 22. Das erstmalige Festsetzen von Rechten und Pflichten im Verwaltungsverfahren (regelmässig durch Verfügung) zählt zur Rechtsanwendung, da noch keine Rechtsstreitigkeit zwischen Behörde und Bürger besteht (dazu MARKUS MÜLLER, Bernische Verwaltungsrechtspflege, 2. Aufl., Bern 2011, S. 4 f.).

³⁹ Vgl. für das Zivilverfahren insb. Art. 55 Abs. 2, Art. 57 sowie Art. 58 Abs. 2 ZPO.

⁴⁰ Deshalb ist die Unabhängige Beschwerdeinstanz für Radio und Fernsehen keine gerichtliche Behörde (BGE 138 I 154E. 2.7 S. 158 f. m.w.H.); selbst Organe, die aus Richterinnen und Richtern eines ordentlichen Gerichts zusammengesetzt werden, sind dann keine Gerichte, wenn sie nicht rechtssprechend sondern als Aufsichtsorgan wirken (KIENER, Anm. 16, S. 318 mit Hinweis auf Urteil des Bundesgerichts 2P.447/1994 vom 17. Juli 1995 betreffend die Disziplinarkammer des bernischen Obergerichts).

⁴¹ ROBERT HAUSER/ERHARD SCHWERI/VIKTOR LIEBER, GOG, Kommentar zum zürcherischen Gesetz über die Gerichts- und Behördenorganisation im Zivil- und Strafprozessrecht, Zürich/Basel/Genf 2012, Vorbemerkungen zu § 53 ff. GOG, N. 3.

⁴² Zum Begriff der Justizverwaltung eingehend ANDREAS LIENHARD/DANIEL KETTIGER, Die Selbstverwaltung der Gerichte, in: «Justice – Justiz – Giustizia» 2013/3, Rz. 13 ff.

⁴³ GEORG MÜLLER, Gerichtliche Beschwerdeinstanz gemäss Art. 450 ZGB im Kanton Zürich, in: ZBl 114 S. 59 ff., S. 61 f. und S. 67.

⁴⁴ BGE 139 III 98.

⁴⁵ So dürfen die Züricher Bezirksräte – wie soeben ausgeführt – als Beschwerdeinstanzen gegenüber Entscheiden der KESB fungieren (BGE 139 III 98).

⁴⁶ Art. 310 StPO (Nichtanhandnahmeverfügung); Art. 319 StPO (Einstellungsverfügung); Art. 352 StPO (Strafbefehl).

Entscheidungen treffen können und insofern richterliche Funktionen wahrnehmen.⁴⁷ Schlichtungsbehörden sind Organe der Zivilgerichtsbarkeit und müssen als solche unabhängig, d.h. als Gerichte im materiellen Sinn, ausgestaltet sein.⁴⁸ Aus funktionaler Sicht sind sie jedoch nicht zu den Gerichten zu zählen. Denn sie nehmen primär eine schlichtende Aufgabe wahr und können nur beschränkt, nämlich in vermögensrechtlichen Streitigkeiten bis zu einem Streitwert von 2'000 Franken und nur auf Antrag hin,⁴⁹ rechtsverbindliche Entscheidungen treffen.⁵⁰

[Rz 9] Nach dem Gesagten ist ein Gericht eine staatliche, durch den Gesetzgeber als eigenständige und in ihrer Hauptfunktion zur Wahrnehmung der Rechtsprechung bestimmte Behörde, die sich durch organisatorische, institutionelle und persönliche Unabhängigkeit auszeichnet.

3 Kantonale Unterschiede

[Rz 10] Die Organisation der Gerichte fällt weitgehend in den Autonomiebereich der Kantone.⁵¹ Die Bundesverfassung und eidgenössischen Gesetze enthalten nur wenige Vorgaben zur Organisation der Gerichte.⁵² Bei den Schlichtungsbehörden und auch den Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden (KESB) geht der Spielraum der Kantone derart weit, dass diese sogar entscheiden können, ob sie die Behörden als Gerichte im formellen Sinn oder als Verwaltungsbehörden ausgestalten wollen.⁵³ Die Justizlandschaft in der Schweiz zeichnet sich demzufolge durch ihre Varietät aus.⁵⁴ Dies zeigt sich auch an der Fülle an verschiedenen Bezeichnungen der Gerichte.⁵⁵

[Rz 11] Die Unterschiede zeigen sich besonders deutlich bei den Spezialgerichten, d.h. bei Gerichten, die nur für einen bestimmten Sachbereich zuständig sind.⁵⁶ Hierbei lassen sich vereinfacht *drei Gruppen* unterscheiden: (1.) eigenständige Spezialgerichte mit eigener Infrastruktur und eigenen Richterinnen und Richtern, (2.) durch den Gesetzgeber als eigenständig bestimmte Gerichte, die jedoch aus Richterinnen und Richtern anderer Gerichte zusammengesetzt werden⁵⁷ oder die Infrastruktur oder das Personal eines anderen Gerichts nutzen,⁵⁸ sowie (3.) in ein grössere-

⁴⁷ BGE 124 I 76E. 2 S. 78.

⁴⁸ THOMAS SUTTER-SOMM, Das Schlichtungsverfahren der ZPO: Ausgewählte Problempunkte, in: SZP 2012 S. 69 ff, S. 83 f.

⁴⁹ Art. 212 Abs. 1 ZPO.

⁵⁰ Botschaft ZPO, Anm. 17, S. 7328.

⁵¹ Art. 46 Abs. 3 und Art. 47 Abs. 2 BV; siehe für das Zivil- und Strafrecht insb. Art. 122 Abs. 2 und Art. 123 Abs. 2 BV sowie Art. 3 ZPO und Art. 14 StPO.

⁵² Es ergeben sich freilich bereits aus der Bundesverfassung Anforderungen an die kantonalen und eidgenössischen richterlichen Organe (insbesondere Art. 29a, 30 und 188 ff. BV). Auf der Stufe der Bundesgesetze siehe z.B. Art. 13 und Art. 18 ff. StPO zu den Strafgerichten; Art. 5 ff. und 200 ZPO zu den Zivilgerichten und Schlichtungsbehörden; Art. 440 und Art. 450 ZGB für den Kindes- und Erwachsenenschutz; Art. 89 KVG; Art. 27 MVG, Art. 27bis IVG, Art. 57 UVG als Grundlagen für die kantonalen Schiedsgerichte im Sozialversicherungswesen.

⁵³ Botschaft Erwachsenenschutz, Anm. 17, S. 7073; Botschaft ZPO, Anm. 17, S. 7328. Zur kantonalen Umsetzung der Organisation der KESB siehe RUTH REUSSER, Das neue Erwachsenenschutzrecht – eine Herausforderung für die Kantone, in: ZBl 114 S. 3 ff., insb. S. 14 ff.

⁵⁴ REGINA KIENER, Judicial Independence in Switzerland, in: Anja Seibert-Fohr (Hrsg.), Judicial Independence in Transition, Heidelberg u.a. 2012, S. 403 ff., S. 405; LIENHARD/KETTIGER/WINKLER, Anm. 11, S. 9 f. Das föderalistische Justizsystem ist Gegenstand einer Forschungsarbeit von ANDREAS LIENHARD/DANIEL KETTIGER/JACQUES BÜHLER/LORANNE MÉRILLAT/DANIELA WINKLER für das Forum of Federations, welche im Jahr 2014 veröffentlicht wird.

⁵⁵ Dazu nachfolgend Tabelle, Rz. 15.

⁵⁶ ANNA RÜEFLI, Spezialisierung an Gerichten, in: «Justice – Justiz – Giustizia» 2013/2, Rz. 3 m.w.H.

⁵⁷ Wie z.B. die regionalen Zwangsmassnahmengerichte des Kantons Bern (vgl. Art. 83 GSOG).

⁵⁸ Wie z.B. das Bundespatentgericht (vgl. Art. 5 PatGG).

res Gericht integrierte Spezialgerichte, die nur autonome Organisationseinheiten (Abteilungen, Kammern oder Sektionen) darstellen⁵⁹. Es kommt auch vor, dass der Bundesgesetzgeber zwar für bestimmte Aufgaben ein Spezialgericht (z.B. Zwangsmassnahmen- oder Jugendgericht) vorschreibt, jedoch in den Kantonen ein anderes Gericht als solches Spezialgericht fungiert bzw. dessen Aufgaben wahrnimmt.⁶⁰ Die Abgrenzung zwischen eigenständigen und in anderen Gerichten integrierten Spezialgerichten kann im Einzelfall Schwierigkeiten bieten. Dies zeigt sich beispielhaft bei den Handelsgerichten, die unterschiedlich einzuordnen sind.⁶¹ Mit am ausgeprägtesten akzentuieren sich die kantonale Organisationsautonomie und die damit verbundenen Unterschiede bei den Zwangsmassnahmengerichten.⁶² Daneben bestehen mitunter auch Differenzen bei den Jugendgerichten⁶³, den Justizgerichten⁶⁴ sowie den Sozialversicherungsgerichten und Schiedsgerichten im Bereich des Sozialversicherungswesens⁶⁵. Die Kantone unterscheiden sich zudem bei den unteren Rechtsschutzinstanzen im öffentlichen Recht – wobei hier die Unterschiede zwischen den Behörden nicht in der Ausprägung der Eigenständigkeit innerhalb der Justiz, sondern der Unabhängigkeit gegenüber der Verwaltung liegen. Insbesondere die erstinstanzlichen Rechtsschutzbehörden gegen Entscheide der Universitäten und Fachhochschulen lassen sich in verschiedene Kategorien einordnen.⁶⁶

[Rz 12] Differenzen bestehen auch hinsichtlich der Organisation der *obersten kantonalen Gerichte*, welche im Rahmen der Gewaltenteilung an der Spitze der kantonalen Judikative stehen.⁶⁷

⁵⁹ So bilden z.B. im Kanton Waadt die Tribunaux de prud'hommes Kammern der Tribunaux d'arrondissements (Art. 96 Abs. 1 du Loi du 12 décembre 1979 d'organisation judiciaire [LOJV, RSV 173.01]). Im Kanton Zürich sind die Arbeits-, Miet- und Jugendgerichte keine eigenständigen Gerichte, sondern Teil der Bezirksgerichte (§ 3 Abs. 1 Bst. a des Gesetzes vom 10. Mai 2010 über die Gerichts- und Behördenorganisation im Zivil- und Strafprozess [GOG; LS 211.1]), siehe auch HAUSER/SCHWERI/LIEBER, Anm. 41, § 3, N. 3).

⁶⁰ So nimmt beispielsweise im Kanton Zug das Strafgericht die Funktion des Jugendgerichts wahr (§ 34 Abs. 1 des Gesetzes des Kantons Zug vom 26. August 2010 über die Organisation der Zivil- und Strafrechtspflege [GOG; BGS 161.1]) und die Funktion des Zwangsmassnahmengerichts wird durch eine Einzelrichterin oder einen Einzelrichter des Strafgerichts wahrgenommen (§ 33 Abs. 1 GOG).

⁶¹ Im Kanton Aargau ist das Handelsgericht eine Abteilung des Obergerichts (§ 65 Abs. 1 des Gerichtsorganisationsgesetzes vom 6. Dezember 2011 [GOG; SAR 155.200]). Dasjenige des Kantons Bern gehört gemäss Art. 35 Abs. 3 GSOG der Zivilabteilung des Obergerichtes an. Im Kanton Zürich bildet das Obergericht zur Behandlung der einzelnen Rechtsstreitigkeiten Kammern und das Handelsgericht (§ 38 Abs. 1 GOG, siehe auch § 3 Abs. 1 Bst. b GOG). Aufgrund der systematischen Einordnung im GOG wird das Handelsgericht vorliegend nicht als eigenständiges Gericht aufgeführt. Im Kanton St. Gallen hingegen ist das Handelsgericht als eigenes Spezialgericht aufgeführt (Art. 13 des Gerichtsgesetzes vom 2. April 1987 [sGS 941.1]).

⁶² RAPHAËL ARN/ANDRÉ KUHN/NICOLE SAURER, Synthese, Inkrafttreten der StPO: Auf dem Weg zu einer Vereinheitlichung der Organisation der Strafbehörden?, in: Arn/Saurer/Kuhn (Hrsg.), Anm. 8, S. 39 ff.

⁶³ Art. 7 der Schweizerischen Jugendstrafprozessordnung vom 20. März 2009 (Jugendstrafprozessordnung, JStPO; SR 312.1).

⁶⁴ Das sind spezifische Rechtsschutzinstanzen gegenüber gerichtlichen Verwaltungsakten sowie im Bereich des Disziplinarwesens (siehe ARNOLD MARTI, Die Vereinheitlichung des Zivil- und Strafprozessrechts, die Revision des Vormundschaftsrechts und das öffentliche Recht, in: ZBl 2007 S. 237 ff., S. 260 ff.). Beschwerden gegen Verfügungen, die ein Arbeitsverhältnis beim Bundesgericht betreffen, beurteilt eine Rekurskommission bestehend aus den Präsidenten oder Präsidentinnen der Verwaltungsgerichte der Kantone Waadt, Luzern und Tessin (Art. 36 Abs. 2 des Bundespersonalgesetzes vom 24. März 2000 [BPG; SR 172.220.1]); allerdings ist diese bisher noch nie angerufen worden [MARKUS FELBER, Ein Sondergericht ohne Arbeit und Adresse, in: Plädoyer 6/2013, S. 70 f., S. 71].

⁶⁵ Vielfach wird die Aufgabe des Schiedsgerichts in Sozialversicherungsstreitigkeiten durch ein anderes Gericht wahrgenommen – z.B. im Kanton Bern durch die sozialversicherungsrechtliche Abteilung oder die Abteilung für französischsprachige Geschäfte des Verwaltungsgerichts (vgl. Art. 54 Abs. 1 Bst. a und c GSOG).

⁶⁶ BENJAMIN SCHINDLER/PATRIK LOUIS, Erstinstanzlicher Rechtsschutz gegen universitäre Prüfungsentscheidungen, in: ZBl 2011 S. 509 ff., S. 516 ff. Da es den Rekurskommissionen gegen Entscheide der Universitäten und Fachhochschulen vielfach an der nötigen Unabhängigkeit gegenüber den Hochschulen oder Zentralverwaltungen fehlt, sind diese nur vereinzelt als Gerichte zu qualifizieren (siehe zur Rekurskommission der Zürcher Hochschulen Urteil des Bundesgerichts 2P.252/2003 vom 3. November 2003 E. 3.4.1 m.w.H.).

⁶⁷ CHRISTINA KISS/HEINRICH KOLLER, in: Bernhard Ehrenzeller et. al. (Hrsg.), St. Galler Kommentar zur schweizerischen

Die obersten kantonalen Gerichte werden meistens durch Verfassung oder Gesetz als solche bestimmt,⁶⁸ sie sind in der Regel als Rechtsmittelbehörde⁶⁹ tätig und nehmen vielfach auch Aufsichtsfunktionen⁷⁰ wahr. Hauptsächlich finden sich zwei unterschiedliche Modelle zu den höchsten Gerichten in den Kantonen: häufig sind die Gerichte auf oberer kantonaler Ebene vereint (z.B. Obergericht, Kantonsgericht oder Appellationsgericht). Verschiedene Kantone verfügen jedoch auch noch über ein separates Verwaltungsgericht und haben damit zwei oberste Gerichte.⁷¹

4 Übersicht

[Rz 13] Auf der Basis des oben erarbeiteten Gerichtsbegriffs⁷² wurde eine Übersichtstabelle erstellt. Als Grundlage für die Tabelle dienten die kantonalen und eidgenössischen gesetzlichen Grundlagen⁷³ zur Justizorganisation. Zudem wurden die kantonalen Webpages berücksichtigt. Zu den Gerichten wurden alle Spezialgerichte gezählt, soweit diese in der Gesetzgebung als eigenständige richterliche Behörden bestimmt und nicht organisatorisch einem anderen Gericht zugeordnet sind. Gerichte wurden (wenn sie die soeben genannten Kriterien erfüllen) auch dann erwähnt, wenn ihre Aufgaben durch Präsidentinnen und Präsidenten anderer Gerichte wahrgenommen werden oder wenn sie die Infrastruktur eines anderen Gerichtes nutzen.

[Rz 14] Die Schlichtungsbehörden sind als Folge des funktional geprägten Begriffsverständnisses gänzlich ausgenommen, auch wenn diese über zusätzliche oder weitergehende Rechtsprechungsbefugnisse verfügen.⁷⁴

[Rz 15] Die Gerichte werden wie folgt gekennzeichnet:

Legende:

- Unterschiedliche Rechtsgebiete
- Öffentliches Recht
- Privatrecht
- Strafrecht

* inoffizielle Abkürzung

Bundesverfassung, 2. Auflage, Zürich/St. Gallen 2008, Art. 188 BV, N. 9.

⁶⁸ Art. 74 Abs. 2 der Verfassung vom 27. Februar 2005 des Kantons Zürich (SR 131.211) definiert das Obergericht, das Verwaltungsgericht und das Sozialversicherungsgericht als oberste kantonale Gerichte. Der Kanton Bern hat auf Gesetzesstufe das Obergericht und das Verwaltungsgericht als oberste Gerichte bestimmt (vgl. Art. 2 Abs. 2 GSOG).

⁶⁹ Vgl. dazu Art. 75 Abs. 2 und Art. 80 Abs. 2 BGG, wonach die oberen kantonalen Gerichte im *Zivil- und Strafrecht* grundsätzlich als Rechtsmittelinstanzen zu entscheiden haben.

⁷⁰ Vgl. z.B. für den Kanton Bern Art. 13 Abs. 2 und 3 GSOG.

⁷¹ KOLLER, Anm. 14, Art. 1 BGG, N. 30. Im Kanton Zürich hat es sogar drei oberste Gerichte.

⁷² Dazu vorangehend Rz. 3 ff.

⁷³ Die Grundzüge der Gerichtsorganisation stehen bereits in den Verfassungen.

⁷⁴ Vgl. z.B. die Kompetenzen der Giudici di Pace im Kanton Tessin (Art. 31 Legge del 10 maggio 2006 sull'organizzazione giudiziaria [RL 3.1.1.1]).

Kan- ton	Untere Gerichte	Obere Gerichte	To- tal
AG	<ul style="list-style-type: none"> • 11 Bezirksgerichte (§ 40 Abs. 2 Bst. c und §§ 50 ff. GOG⁷⁵) • Spezialverwaltungsgericht (§ 40 Abs. 3 Bst. c und §§ 62 ff. GOG) • Zwangsmassnahmengericht (§ 40 Abs. 3 Bst. b und §§ 60 ff. GOG) 	<ul style="list-style-type: none"> • Obergericht (§ 40 Abs. 3 Bst. d und §§ 65 ff. GOG) • Justizgericht (§ 38 f. und § 40 Abs. 3 Bst. e GOG) 	15
AI	<ul style="list-style-type: none"> • Bezirksgericht (Art. 7 f. GOG⁷⁶) • Jugendgericht (Art. 6 GOG) 	<ul style="list-style-type: none"> • Kantonsgericht (Art. 10 f. GOG) 	3
AR	<ul style="list-style-type: none"> • Kantonsgericht (Art. 9 ff. Justizgesetz⁷⁷) 	<ul style="list-style-type: none"> • Obergericht (Art. 18 ff. Justizgesetz) 	2
BL	<ul style="list-style-type: none"> • 2 Zivilkreisgerichte (§ 2 Bst. b und §§ 16 f. GOG⁷⁸) • Steuer- und Enteignungsgericht (§ 1 Bst. b und § 22 GOG) • Rekurskommission der Universität Basel (§ 30 Vertrag Trägerschaft Universität Basel^{*79}; auch für Basel-Stadt) • Jugendgericht (§ 3 Bst. c und § 20a GOG) • Strafgericht (§ 3 Bst. b und § 20 GOG) • Zwangsmassnahmengericht (§ 1 Bst. c, § 3 Bst. d und § 21 GOG) 	<ul style="list-style-type: none"> • Kantonsgericht (§ 1 Bst. a, § 2 Bst. a, § 3 Bst. a und §§ 8 ff. GOG) 	8

BS	<ul style="list-style-type: none"> • Zivilgericht (§ 1 Abs. Ziff. 1 GOG⁸⁰) • Rekurskommission für fürsor-gerische Unterbringungen (§ 18 KESG⁸¹) • Baurekurskommission (BRKG⁸²) • Personalrekurskommission (§ 41 Personalgesetz⁸³) • Steuerrekurskommission (§ 136 Steuergesetz⁸⁴) • [Rekurskommission der Universität Basel (§ 30 Vertrag Trägerschaft Universität Basel*; auch für Basel-Landschaft)] • Sozialversicherungsgericht (§§ 56a GOG, § 1 SVGG⁸⁵) • Schiedsgericht in Sozialversicherungssachen (§ 20 SVGG) • Strafgericht (§ 1 Abs. 1 Ziff. 2 GOG) • Jugendgericht (§ 1 Abs. 1 Ziff. 2 GOG und § 5a GOG) • Zwangsmassnahmengericht (§ 1 Abs. 1 Ziff. 2 GOG und § 9a GOG). 	<ul style="list-style-type: none"> • Appellationsgericht (§§ 57 ff. GOG) 	11
----	--	---	----

BE	<ul style="list-style-type: none"> • 4 Regionalgerichte (Art. 2 Abs. 4 Bst. a, Art. 80 ff. GSOG⁸⁶) • 4 Rekurskommissionen (Art. 2 Abs. 3 Bst. d–g, Art. 69 ff. GSOG) • 3 reg. Zwangsmassnahme-gerichte (Art. 2 Abs. 4 Bst. b und 83 GSOG) • Kant. Wirtschaftsstrafgericht (Art. 2 Abs. 3 Bst. b, Art. 63 ff. GSOG) • Kant. Jugendgericht (Art. 2 Abs. 3 Bst. c, Art. 67 ff. GSOG) • Kant. Zwangsmassnahmengericht (Art. 2 Abs. 3 Bst. a, Art. 59 ff. GSOG) 	<ul style="list-style-type: none"> • Obergericht (Art. 2 Abs. 2 Bst. a und Art. 35 ff. GSOG) • Verwaltungsgericht (Art. 2 Abs. 2 Bst. b; Art. 47 ff. GSOG) 	16
FR	<ul style="list-style-type: none"> • 7 Bezirksgerichte (div. Bestimmungen JG⁸⁷) • 7 Friedensgerichte⁸⁸ (Art. 58 f. JG) • 3 Rekurskommissionen (Art. 3 Abs. 2 Bst. b und Art. 117 VRG) • Enteignungskommission (Art. 3 Abs. 2 Bst. c und Art. 125 VRG) • Schiedsgericht in Sachen Kranken- und Unfallversicherung (Art. 126 VRG) • Wirtschaftsstrafgericht (Art. 78 ff. JG) • Jugendstrafgericht (Art. 81 ff. JG) • Zwangsmassnahmengericht (Art. 3 Abs. 2 Bst. c, 72 ff. JG) 	<ul style="list-style-type: none"> • Kantonsgericht (Art. 3 Abs. 1 VRG⁸⁹; Art. 3 Abs. 1 Bst. d, Art. 3 Abs. 2 Bst. h; Art. 35 ff. JG) 	23

GE	<ul style="list-style-type: none"> • Tribunal civil (Art. 1 Bst. b und Art. 83 ff. LOJ⁹⁰) • Tribunal de protection de l'adulte et de l'enfant (Art. 1 Bst. d und Art. 103 ff. LOJ) • Tribunal des prud'hommes (Art. 1 Bst. e und Art. 110 LOJ) • Tribunal administratif de première instance (Art. 1 Bst. g und Art. 114 ff. LOJ) • Tribunal arbitral, (assurances sociales; Art. 36 ff. LaLaMal⁹¹) • Tribunal des mineurs (Art. 1 Bst. f und Art. 111 ff. LOJ) • Tribunal pénal (Art. 1 Bst. c und Art. 91 ff. LOJ) 	<ul style="list-style-type: none"> • Cour de justice (Art. 1 Bst. h und Art. 117 ff. LOJ) • Cour d'appel du pouvoir judiciaire (Art. 1 Bst. i und Art. 135 ff. LOJ) 	9
GL	<ul style="list-style-type: none"> • Kantonsgericht (Art. 8 ff. GOG⁹²) • Steuerrekurskommission (Art. 20 GOG*) 	<ul style="list-style-type: none"> • Obergericht (Art. 15 ff. GOG*) • Verwaltungsgericht (Art. 17 ff. GOG*) 	4
GR	<ul style="list-style-type: none"> • 11 Bezirksgerichte (Art. 35 ff. GOG⁹³) • Kant. Zwangsmassnahmengericht (Art. 33 f. GOG) 	<ul style="list-style-type: none"> • Kantonsgericht (Art. 17 ff. GOG) • Verwaltungsgericht (Art. 17 ff. GOG) 	14
JU	<ul style="list-style-type: none"> • Tribunal de première instance (Art. 4 Bst. b und Art. 29 ff. LOJ⁹⁴) • Tribunal des mineurs (Art. 4 Bst. e LOJ*) 	<ul style="list-style-type: none"> • Tribunal Cantonal (Art. 4 Bst. a und 14 ff. LOJ*) 	3

⁷⁵ Vgl. Anm. 61.

⁷⁶ Gerichtsorganisationsgesetz vom 25. April 2010 (173.000).

⁷⁷ Justizgesetz vom 13. September 2010 (bGS 145.31).

⁷⁸ Gesetz vom 22. Februar 2001 über die Organisation der Gerichte (Gerichtsorganisationsgesetz, SGS 170).

⁷⁹ Vertrag vom 27. Juni 2006 zwischen den Kantonen Basel-Landschaft und Basel-Stadt über die gemeinsame Trägerschaft der Universität (SGS [BL] 664.1; SG [BS] 442.400).

⁸⁰ Gesetz vom 27. Juni 1896 betreffend Wahl und Organisation der Gerichte sowie der Arbeitsverhältnisse des Gerichtspersonals und der Staatsanwaltschaft (SG 154.100).

⁸¹ Kindes- und Erwachsenenschutzgesetz vom 12. September 2012 (SG 212.400).

LU	<ul style="list-style-type: none"> • 4 Bezirksgerichte (§ 3 Abs. 2 Bst. b, § 4 Abs. 2 Bst. b, § 31 Justizgesetz⁹⁵) • Arbeitsgericht (§ 3 Abs. 2 Bst. c und § 32 Justizgesetz) • 2 Schätzungskommissionen (§§ 38 ff. Enteignungsgesetz⁹⁶ und § 52 Kantonales Jagdgesetz⁹⁷) • Kriminalgericht (§ 4 Abs. 2 Bst. c und § 33 Justizgesetz) • Jugendgericht (§ 4 Abs. 2 Bst. d und § 23 Bst. d Justizgesetz) • Zwangsmassnahmengericht (§ 4 Abs. 2 Bst. e und § 23 Bst. e Justizgesetz) 	<ul style="list-style-type: none"> • Kantonsgericht (§ 3 Abs. 2 Bst. a, § 4 Abs. 2 Bst. a, § 4a Abs. 1, §§ 14 ff. Justizgesetz) 	11
NE	<ul style="list-style-type: none"> • 2 Tribunaux régionaux (Art. 98a ff. OJN⁹⁸) 	<ul style="list-style-type: none"> • Tribunal Cantonal (Art. 33 ff. OJN) 	3

⁸² Gesetz vom 7. Juni 2000 betreffend die Baurekurskommission (SG 790.100).

⁸³ Personalgesetz vom 17. November 1999 (SG 162.100).

⁸⁴ Gesetz vom 12. April 2000 über die direkten Steuern (SG 640.100).

⁸⁵ Gesetz vom 9. Mai 2001 über das Sozialversicherungsgericht des Kantons Basel-Stadt und über das Schiedsgericht in Sozialversicherungssachen (Sozialversicherungsgerichtsgesetz, SG 154.200).

⁸⁶ Vgl. Anm. 19.

⁸⁷ Justizgesetz vom 31. Mai 2010 (SGF 130.1).

⁸⁸ Schlichtungsbehörde im Sinne der Artikel 197 ff. ZPO ist gemäss Art. 60 Abs. 1 JG eine Präsidentin oder ein Präsident des Bezirksgerichts.

⁸⁹ Gesetz vom 23. Mai 1991 über die Verwaltungsrechtspflege (SGF 150.1).

⁹⁰ Loi du 26 septembre 2010 sur l'organisation judiciaire (RSG E 2 05).

⁹¹ Loi d'application de la loi fédéral du 29 mai 1997 sur l'assurance-maladie (RSG J3 05).

⁹² Gesetz vom 6. Mai 1990 über die Gerichtsorganisation des Kantons Glarus (Gerichtsorganisationsgesetz, III A/2).

⁹³ Gerichtsorganisationsgesetz vom 16. Juni 2010 (BR 173.000).

⁹⁴ Loi du 23 février 2000 d'organisations judiciaire (RSJU 181.1).

⁹⁵ Gesetz vom 10. Mai 2010 über die Organisation der Gerichte und Behörden in Zivil, Straf- und verwaltungsgerichtlichen Verfahren (SRL Nr. 260).

⁹⁶ Enteignungsgesetz vom 29. Juni 1970 (SRL Nr. 730).

⁹⁷ Kantonales Gesetz vom 5. Dezember 1989 über die Jagd und den Schutz wildlebender Säugetiere und Vögel (SRL Nr. 725).

⁹⁸ Loi du 27 janvier 2010 d'organisation judiciaire neuchâteloise (RSN 161.1).

NW	<ul style="list-style-type: none"> • Kantonsgericht (Art. 3 Abs. 1 Ziff. 1 GerG⁹⁹ und Art. 6 ff. GerG) 	<ul style="list-style-type: none"> • Obergericht (Art. 3 Abs. 1 Ziff. 2 GerG und Art. 20 ff. GerG) • Verwaltungsgericht (Art. 3 Abs. 1 Ziff. 3 GerG und Art. 31 ff. GerG) 	3
OW	<ul style="list-style-type: none"> • Kantonsgericht (Art. 3 GOG¹⁰⁰) 	<ul style="list-style-type: none"> • Obergericht (Art. 1 GOG*) • Verwaltungsgericht (Art. 10 GOG*) 	3
SG	<ul style="list-style-type: none"> • 7 Kreisgerichte (Art. 6 GerG¹⁰¹) • Verwaltungsrekurskommission (Art. 16 GerG*) • Versicherungsgericht (Art. 17 GerG*) 	<ul style="list-style-type: none"> • Kantonsgericht (Art. 11 ff. GerG*) • Handelsgericht (Art. 13 GerG*) • Verwaltungsgericht (Art. 18 GerG*) • Anklagekammer (Art. 15 GerG*) 	13
SH	<ul style="list-style-type: none"> • Kantonsgericht (Art. 26 ff. JG¹⁰²) • Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (Art. 57a ff. JG) • Kommission für Enteignungen, Gebäudeversicherung und Brandschutz (Art. 58 JG) • Schätzungskommission für Wildschäden (Art. 59 JG) • Schiedsgericht in Sozialversicherungssachen (Art. 36a Verwaltungsrechtspflegegesetz¹⁰³) 	<ul style="list-style-type: none"> • Obergericht (Art. 38 ff. JG) • Rechtspflegekommission für die Justizverwaltung (Art. 56 f. JG) 	7
SO	<ul style="list-style-type: none"> • 5 Amtsgerichte (§§ 13 ff. GO¹⁰⁴) • Steuergericht (§§ 55 ff. GO) • Schätzungskommission (§§ 58 ff. GO) • Haftgericht (§§ 19 f. GO) • Jugendgericht (§§ 17 f. GO) 	<ul style="list-style-type: none"> • Obergericht (§§ 23 ff. GO) 	10

SZ	<ul style="list-style-type: none"> • 6 Bezirksgerichte (§ 4 Abs. 2 Bst. c und §§ 29 ff. JV*¹⁰⁵) • Kant. Straf- und Jugendgericht (§ 4 Abs. 2 Bst. a und §§ 18 ff. JV*) • Zwangsmassnahmengericht (§ 4 Abs. 2 Bst. c und §§ 23 ff. JV*) 	<ul style="list-style-type: none"> • Kantonsgericht (§ 4 Abs. 1 Bst. a und §§ 10 ff. JV*) • Verwaltungsgericht (§ 4 Abs. 1 Bst. b und §§ 14 ff. JV*) 	10
TG	<ul style="list-style-type: none"> • 5 Bezirksgerichte (§§ 19 ff. ZRSG¹⁰⁶) • 6 Rekurskommissionen (§ 28 Abs. 1 Ziff. 4, §§ 29 f., §§ 38 ff. VRG*¹⁰⁷) • Zwangsmassnahmengericht (§§ 23 f. ZRSG) 	<ul style="list-style-type: none"> • Obergericht (§§ 25 f. ZRSG) • Verwaltungsgericht (§ 28 Abs. 1 Ziff. 7 und §§ 31 ff. VRG*) 	14
TI	<ul style="list-style-type: none"> • 8 preture (Art. 32 ff. LOG*¹⁰⁸) • Tribunale delle espropriazioni (Art. 1 Abs. 2 LOG*) • Commissione indipendente di ricorso (Art. 7 Legge sull'Università*¹⁰⁹) • Tribunale dei minorenni (Art. 1 Abs. 2 LOG*) • pretura penale (Art. 39 ff. LOG*) 	<ul style="list-style-type: none"> • Tribunale di appello (Art. 42 ff. LOG*) 	13
UR	<ul style="list-style-type: none"> • 2 Landgerichte (Art. 20 ff. GOG¹¹⁰) • Jugendgericht (Art. 47 ff. GOG) 	<ul style="list-style-type: none"> • Obergericht (Art. 31 ff. GOG) 	4
VD	<ul style="list-style-type: none"> • 4 Tribunaux d'arrondissement (Art. 2 Abs. 1 Ziff. 2 Bst. I und 87 ff. LOJV¹¹¹) • 9 justices de paix¹¹² (Art. 2 Abs. 1 Ziff. 2 Bst. J und Art. 107 ff. LOJV) • Tribunal des baux (Art. 2 Abs. 1 Ziff. 1 Bst. e LOJV) • Tribunal de prud'hommes de l'administration cantonale (Art. 2 Abs. 1 Ziff. 1 Bst. f LOJV) • Commission de recours (Art. 84 LUL¹¹³) • Tribunal des mineurs (Art. 2 Abs. 1 Ziff. 1 Bst. d LOJV) • Tribunal de mesures de contrainte et d'application des peines (Art. 25 Abs. 1 Ziff. 1 Bst. h LOJV) 	<ul style="list-style-type: none"> • Tribunal Cantonal (Art. 2 Abs. 1 Ziff. 1 Bst. a und Art. 67 ff. LOJV) • Tribunal neutre (Art. 2 Abs. 1 Ziff. 1 Bst. b und Art. 86 LOJV) 	20

VS	<ul style="list-style-type: none"> • 9 Bezirksgerichte (Art. 5 Abs. 1 Bst. b, 6 Abs. 1 Bst. b, 10 RPfG¹¹⁴) • Jugendgericht (Art. 6 Abs. 1 Bst. f, Art. 13 RPfG) • Zwangsmassnahmengericht (Art. 6 Abs. 1 Bst. d, Art. 12 RPfG) • Straf- und Massnahmenvoll-zugsgericht (Art. 6 Abs. 1 Bst. e, Art. 12 RpfG) • 3 Kreisgerichte (Art. 6 Abs. 1 Bst. c und Art. 11 RPfG) 	<ul style="list-style-type: none"> • Kantonsgericht (Art. 5 Abs. 1 Bst. c, 6 Abs. 1 Bst. g, 14 RPfG) 	16
----	---	---	----

⁹⁹ Gesetz vom 9. Juni 2010 über die Gerichte und die Justizbehörden (Gerichtsgesetz, 261.1).

¹⁰⁰ Gesetz vom 22. September 1996 über die Gerichtsorganisation (GDB 134.1).

¹⁰¹ Vgl. Anm. 61.

¹⁰² Justizgesetz vom 9. November 2009 (SHR 173.200).

¹⁰³ Gesetz vom 20. September 1971 über den Rechtsschutz in Verwaltungssachen (SHR 172.200).

¹⁰⁴ Gesetz vom 13. März 1977 über die Gerichtsorganisation (BGS 125.12).

¹⁰⁵ Justizverordnung vom 18. November 2009 (SRSZ 231.110).

¹⁰⁶ Gesetz vom 17. Juni 2009 über die Zivil- und Strafrechtspflege (RB 271.1).

¹⁰⁷ Gesetz vom 23. Februar 1981 über die Verwaltungsrechtspflege (RB 170.1).

¹⁰⁸ Vgl. Anm. 74.

¹⁰⁹ Legge del 3 ottobre 1995 sull'Università della Svizzera italiana, sulla Scuola universitaria professionale della Svizzera italiana e sugli Istituti di ricerca (RL 5.3.1.1).

¹¹⁰ Gesetz vom 17. Mai 1992 über die Organisation der richterlichen Behörden (Gerichtsorganisationsgesetz, RB 2.3221).

¹¹¹ Vgl. Anm. 59.

¹¹² Die Schlichtungsversuche werden durch die materiell zuständigen Gerichte unternommen (vgl. Art. 41 des Code de droit privé judiciaire vaudois du 12 janvier 2010 [CDPJ; RSV 211.02]).

¹¹³ Loi du 6 juillet 2004 sur l'Université de Lausanne (RSV 414.11).

¹¹⁴ Gesetz des Kantons Wallis vom 11. Februar 2009 über die Rechtspflege (Nummer 173.1).

ZG	<ul style="list-style-type: none"> • Kantonsgericht (§§ 25 ff. GOG¹¹⁵) • Schätzungskommission (§§ 61 ff. PBG¹¹⁶) • Strafgericht (§§ 30 ff. GOG) 	<ul style="list-style-type: none"> • Obergericht (§§ 17 ff. GOG) • Verwaltungsgericht (§§ 53 ff. VRG^{*117}) 	5
ZH	<ul style="list-style-type: none"> • 12 Bezirksgerichte (§ 3 Abs. 1 Bst. a und §§ 8 ff. GOG¹¹⁸) • Baurekursgericht (§§ 329 ff. PBG¹¹⁹) • Steuerrekursgericht (§§ 112 ff. StG¹²⁰) • Schiedsgericht (§§ 35 ff. GSVGer¹²¹) 	<ul style="list-style-type: none"> • Obergericht (§ 3 Abs. 1 Bst. b und §§ 34 ff. GOG) • Verwaltungsgericht (§§ 32 ff. VRG¹²²) • Sozialversicherungsgericht (§§ 1 ff. GSVGer) 	18

¹¹⁵Vgl. Anm. 60.

¹¹⁶Planungs- und Baugesetz vom 26. November 1998 (BGS 721.11).

¹¹⁷Gesetz vom 1. April 1976 über den Rechtsschutz in Verwaltungssachen (Verwaltungsrechtspflegegesetz, BGS 162.1).

¹¹⁸Vgl. Anm. 59.

¹¹⁹Vgl. Anm. 19.

¹²⁰Steuergesetz vom 8. Juni 1997 (LS 631.1).

¹²¹Gesetz vom 7. März 1993 über das Sozialversicherungsgericht (LS 212.81).

¹²²Verwaltungsrechtspflegegesetz vom 24. Mai 1959 (LS 175.2).

Conf	<ul style="list-style-type: none"> • Bundespatentgericht (PatGG¹²³) • Bundesverwaltungsgericht (VGG¹²⁴) • 13 Eidg. Schätzungskommissionen (Art. 59 ff. EntG¹²⁵) • Bundesstrafgericht (StBOG¹²⁶) • 8 Militärgerichte (Art. 5 ff. MStP¹²⁷ und Art. 13 ff. MStV¹²⁸) 	<ul style="list-style-type: none"> • Bundesgericht (BGG¹²⁹) • Rekurskommission (BPG¹³⁰) • 3 Militärappellations-gerichte (Art. 9 ff. MStP und Art. 17 ff. MStV) • Militärkassationsgericht (Art. 13 ff. MStP) 	30
To- tal:			288

5 Ergebnis

[Rz 16] Die Justizlandschaft der Schweiz wird weiterhin im Wandel bleiben. Damit ist auch dieser Überblick nur eine Momentaufnahme. Die eingangs gestellte Frage kann so beantwortet werden, dass es in der Schweiz am 22. Mai 2014 insgesamt 288 Gerichte gibt. Die Rechts- und Verwaltungswissenschaften sollten an sich den Anspruch erheben dürfen, eine eindeutige, vollständige und aktuell gültige Übersicht der schweizerischen Gerichte präsentieren zu können. Die unscharfe Gerichtsdefinition und die kantonalen Differenzen führen indessen dazu, dass Lücken in der hier publizierten Übersichtstabelle nicht vollständig ausgeschlossen werden können. In diesem Sinne nimmt der Verfasser gerne Hinweise auf Lücken oder Veränderungen entgegen.¹³¹

PETER BIERI, MLaw, RA (Kompetenzzentrum für Public Management / Institut für öffentliches Recht der Universität Bern).

¹²³Bundesgesetz vom 20. März 2009 über das Bundespatentgericht (SR 173.41).

¹²⁴Bundesgesetz vom 17. Juni 2005 über das Bundesverwaltungsgericht (SR 173.32).

¹²⁵Bundesgesetz vom 20. Juni 1930 über die Enteignung (SR 711).

¹²⁶Bundesgesetz vom 19. März 2010 über die Organisation der Strafbehörden des Bundes (SR 173.71).

¹²⁷Militärstrafprozess vom 23. März 1979 (SR 322.1).

¹²⁸Verordnung vom 24. Oktober 1979 über die Militärstrafrechtspflege (SR 322.2).

¹²⁹Bundesgesetz vom 17. Juni 2005 über das Bundesgericht (SR 173.110).

¹³⁰Vgl. Anm. 64.

¹³¹peter.bieri@oefre.unibe.ch.